



**Niederschrift**  
**zur Sitzung des**  
**Gemeinderates**  
**öffentlich**

<b>Sitzung am:</b>	Dienstag, 14. September 2021
<b>Sitzungsbeginn öffentlicher Teil:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsbeginn nicht öffentlicher Teil:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:10 Uhr
<b>Ort:</b>	Saal der Jakobstalhalle

---

**Anwesend:**

Stimmberechtigt: 1. Bürgermeister

Herpich, Thomas

Stimmberechtigt: 2. Bürgermeisterin und  
Mitglied des Gemeinderates

Ruf, Karoline

Stimmberechtigt: 3. Bürgermeister und  
Mitglied des Gemeinderates

Endres, Bernd

Stimmberechtigt: Mitglied des  
Gemeinderates

Beck, Josef

Bell, Bernhard

Elbert, Andreas

Gläßel, Marita B.

Günther, Sven

Hofmann, Reinhold

Lang, Johannes

Mödl, Maximilian

Seefried, Holger

Dr. Sonnek, Georg

Stoll, Marcus

Schriftführerin

Thoma, Heike

kommt während TOP 01

**Abwesend:**

Stimmberechtigt:  
Mitglied des  
Gemeinderates  
Schmitt, Tatjana

Entschuldigt fehlend -  
entschuldigt

## Tagesordnung zur Sitzung

### Öffentlich:

04	Bürgerfragestunde
04 A	Jakobsbach: Starkregenereignisse
05	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
06	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.07.2021 (öffentlicher Teil)
07	6. Änderung des Bebauungsplanes "Gesamtbebauungsplan - Teil I"; Billigungs- und Auslegungsbeschluss
08	Umbau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes: Treuhandvertrag & Finanzierungsvereinbarung mit der Kath. Kirchenstiftung Theilheim - Stellungnahme der Überörtlichen Rechnungsprüfung (vorab aus der Überörtlichen Prüfung der Jahresrechnungen 2014 mit 2020)
08 A	Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten
08 B	Interimskita Theilheim
08 C	Vergabe des Auftrags Stromanschluss (Bekanntgabe Dringlichkeitsentscheidung des Ersten Bürgermeisters)
09	Bericht der Örtlichen Rechnungsprüfung (Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10.06.2021) a) Stellungnahme der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses b) Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht
09 A	Entlastung der Jahresrechnung 2019 Feststellung der Jahresrechnung 2019
10	Willkommen der Gemeinde Theilheim: Antrag für Geburtsbäume für neugeborene Theilheimer Babys
11	Bekanntmachung von Beschlüssen aus den Gemeinderatssitzungen vom 08.06.2021 und 22.06.2021, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
12	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters
12 A	Sicherung der Wasserversorgung und der Löschwasserversorgung: Ergebnis der Wasser-Luftdruckspülung & Hydrantentests
12 B	Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Würzburg-Land für das Jahr 2020
12 C	Feuerwehrbedarfsplan: Sachstandsbericht
12 D	Neues Rathaus: Sachstand Umzug
12 E	Grundschule: Neues Klassenzimmer im alten Gebäude

12 F	Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter - Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026
12 G	Termin Bürgerversammlung und nächste Gemeinderatssitzungen
12 H	Veranstaltungshinweise
12 I	Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Franken e.V.
12 J	Wertschöpfungsmöglichkeiten der Gemeinden bei Windkraft- und PV- Freiflächenanlagen deutlich verbessert
12 K	Bundestagswahlen 2021: Briefwahlquote
13	Fragen aus dem Gemeinderat
13 A	Baustelle Entlastungskanal Reissgarten: Geschwindigkeitsbeschränkung Randersackerer Straße
13 B	Notunterkunft: Sachstand?
13 C	Gestaltung Floßwiese
13 D	Kath. KITA St. Johannes: Rattenproblematik

## Öffentliche Sitzung

### **TOP 04**    Bürgerfragestunde

#### **Sachvortrag:**

In der vorgezogenen Bürgerfragestunde, für die 30 Minuten eingeplant sind, haben Bürger die Möglichkeit, Anfragen zu stellen, die in der Sitzung geklärt werden. Sollte dies nicht möglich sein, erfolgt die Klärung schriftlich innerhalb von drei Wochen.

### **TOP 04 A**    Jakobsbach: Starkregenereignisse

#### **Sachvortrag:**

Ein Bürger aus der Franz-Leopold-Schecher-Straße weist auf frühere Überflutungen der Randersackerer Straße bei Starkregenereignissen hin. Er betont, dass der Jakobsbach auch in Zukunft ein zunehmendes Hochwasserrisiko bedeuten könne.

Erster Bürgermeister Herpich erwidert, dass dieses Thema erkannt sei und für wichtig erachtet würde. Der Gemeinderat wird sich zukünftig mit dem Thema auseinandersetzen.

### **TOP 05**    Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung

#### **Beschluss:**

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 06** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.07.2021 (öffentlicher Teil)

**Beschluss:**

Die Niederschrift vom 20.07.2021 (öff. Teil) wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 07** 6. Änderung des Bebauungsplanes "Gesamtbebauungsplan - Teil I"; Billigungs- und Auslegungsbeschluss

**Sachvortrag:**

Am 23.06.2021 ist das Baulandmobilisierungsgesetz in Kraft getreten. In diesem Zusammenhang wurde der § 13 b des Baugesetzbuches (BauGB) verlängert.

**§ 13b Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren**

Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2022 gilt § 13a entsprechend für Bebauungspläne mit einer Grundfläche im Sinne des § 13a Absatz 1 Satz 2 von weniger als 10.000 qm, durch die die Zulässigkeit von Wohnnutzungen auf Flächen begründet wird, die sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen. Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans nach Satz 1 kann nur bis zum Ablauf des 31. Dezember 2022 förmlich eingeleitet werden; der Satzungsbeschluss nach § 10 Absatz 1 ist bis zum Ablauf des 31. Dezember 2024 zu fassen.

Auf dieser Basis hat das Büro Wegner aus Veitshöchheim die 6. Änderung zum Bebauungsplan „Gesamtbebauungsplan – Teil I“, Stand 20.07.2021, ausgearbeitet. Mit den Grundstückseigentümern, die aus dieser Bebauungsplanänderung einen Vorteil erzielen, wurde im Jahr 2019 eine entsprechende Kostenvereinbarung getroffen. Einer Änderung des Flächennutzungsplanes bedarf es in diesem Verfahren nicht.

Zur 6. Änderung des Bebauungsplanes sind nun Billigungs- und Auslegungsbeschlüsse zum Einleiten des nach BauGB notwendigen Verfahrens zu fassen.

**Diskussionsverlauf:**

Aufgrund der Rechtsprechung ist der Erlass eines Baugebotes eher ein „stumpfes Schwert“. So muss es für die Gemeinde Gründe geben, weshalb die Anordnung eines Baugebotes gerade jetzt dringend nötig ist; aus diesem Grundsatz heraus sind i. d. R. zunächst ältere Baugebiete mit einem Baugebot zu belegen.

**Beschluss 1:**

**Der Gemeinderat beschließt die 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ für die Grundstücke Fl.Nr. 1328, 1329/1, 1330 und 1331, Gemarkung Theilheim, im Bereich „Winterleite“. Der Planungsbereich ist im Lageplan, der allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt wurde, dargestellt.**

**Beschluss 2:**

**Der vom Büro Wegner aus Veitshöchheim ausgearbeitete Entwurf zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ in der Fassung vom 20.07.2021 wird gebilligt. Die Auslegung nach § 13 b und 13 a Abs. 2 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB ist auf dieser Planungsgrundlage durchzuführen. Die Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sind nach §§ 13 b und 13 a Abs. 2 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.**

**Abstimmungsergebnis:****Beschluss 1:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**Beschluss 2:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 08** Umbau und Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte St. Johannes: Treuhandvertrag & Finanzierungsvereinbarung mit der Kath. Kirchenstiftung Theilheim - Stellungnahme der Überörtlichen Rechnungsprüfung (vorab aus der Überörtlichen Prüfung der Jahresrechnungen 2014 mit 2020)

**Sachvortrag:**

Die Gemeinde wird aktuell für die Jahre 2014 mit 2020 von der Überörtlichen Rechnungsprüfung geprüft, in diesem Rahmen auch das Vertragswerk (Finanzierungsvereinbarung / Treuhandvertrag / Erbbaurechtsvertrag / Stellplatzablösevertrag) der Gemeinde Theilheim mit der Kath. Kirchenstiftung; eine

Stellungnahme der Überörtlichen Rechnungsprüfungsstelle hierzu erging am 02.09.2021 vorab zum Prüfbericht und ist als Anlage angefügt.

Die Überörtliche Rechnungsprüfungsstelle ist der Auffassung, dass 2015 die Weichen für das Vorhaben durch die Gemeinde falsch gestellt worden waren; der Stellungnahme des Bayer. Gemeindetags vom 07.05.2019 (als Anlage ebenfalls beigelegt) sei durch die Gemeinde letztlich keine Beachtung geschenkt worden:

Das treuhänderische Tätigwerden der politischen Gemeinde für die Katholische Kirchstiftung wird von der Überörtlichen Rechnungsprüfungsstelle zum einen aus Haftungsgründen (auch des jeweils einzelnen Gemeinderatsmitgliedes), zum anderen aus Gründen der personellen Unterbesetzung des Rathauses als äußerst problematisch bewertet; im Verfahren habe eine klare Positionierung der Gemeinde gegenüber der Kath. Kirchenstiftung gefehlt.

Die Gemeinde wurde in die Planung durch die Kirchenverwaltung nicht mit einbezogen – zu diesem Vorgang hätten nach Auffassung der Überörtlichen Rechnungsprüfung sowohl der damalige Erste Bürgermeister als auch der damalige Geschäftsstellenleiter Stellung nehmen müssen.

- Die Überörtliche Rechnungsprüfungsstelle empfiehlt der Gemeinde zunächst die Klärung bei der Förderstelle Regierung von Unterfranken, ob bezüglich der vorgelegten Planung noch Abweichungen möglich sind.
- Ebenso sollte mit der Kath. Kirchenstiftung nachverhandelt werden: Die Gemeinde haftet der Kath. Kirchenstiftung für die Realisierung der vereinbarten Planung gemäß Treuhandvertrag; dort heißt es:  
**„Die Treugeberin überträgt der Treuhänderin die Verantwortung der vollständigen Planungs- und Bauausführung für vorgenanntes Projekt an der kath. Kindertagesstätte St. Johannes auf dem Grundstück Fl.Nr. 1237 in Theilheim, entsprechend der Planung des Architekturbüros Brückner & Brückner Würzburg vom 11.10.2016, sowie der Kostenberechnung vom 12.01.2021.“**  
 Bei Änderungen der Planung oder auch nur bei unterschiedlicher Auslegung der Planungsansätze könnte die Kirche die Bauabnahme verweigern und von der Gemeinde eine Bauausführung wie – aus ihrer Sicht - vereinbart verlangen.
- Der Verwendungszweck des Vorhabens ist dinglich zu sichern; die bisherige Formulierung im Treuhandvertrag, wonach „Treuhänderin und Treugeberin sich bei Wegfall der zweckentsprechenden Nutzung (hier: Betrieb einer Kindertagesstätte) auf einen anderweitigen sozial ausgerichteten Zweck verständigen, der den ursprünglichen Förderstatus erhält.“ wird seitens der Überörtlichen Rechnungsprüfungsstelle als nicht ausreichend betrachtet.

Der nachfolgende Maßnahmenkatalog im Beschlussvorschlag wurde am 03.09.2021 telefonisch mit der Überörtlichen Rechnungsprüfung abgestimmt.

#### Diskussionsverlauf:

- Die Kommune war in sämtlichen Planungsbesprechungen mit dem Büro Brückner & Brückner anwesend und damit vollständig in die Planung eingebunden. Der Trägerverein lässt die Darstellung durch die Überörtliche Rechnungsprüfung so nicht stehen, ebenso wird die Kath. Kirchenstiftung damit nicht einverstanden sein. Die Kirche habe kein einziges Gespräch alleine mit dem Architekturbüro Brückner & Brückner geführt. Evtl. gab es Einzel-Vorgespräche mit dem Bistum.
- Zur Unterlegung dieser Argumentation liegen der Gemeinde genügend Protokolle des Architekturbüros vor, die aufzeigen, dass die Kommune im gesamten Planungsvorgang eingebunden und beteiligt war. Diese Protokolle belegen auch, dass der Erste und Zweite Bürgermeister und Herr Häusner bei den Besprechungen vertreten waren.
- Ergänzend wird auf einen gemeinsamen Workshop hingewiesen; über das Vorhaben war auch im Bau-Gremium diskutiert worden.



- Die Gemeinde dürfe sich von der Stellungnahme der Überörtlichen Rechnungsprüfung nicht aufhalten lassen. Es sei im Sinne beider Vertragsparteien, das Projekt zügig zu betreiben.
- Erster Bürgermeister Herpich betont, dass die Betriebserlaubnis für die KITA ausläuft.
- Der gewählte Standort ist für die Interimslösung sinnvoll; die vergleichbare Ertüchtigung von gemeindlichen Anwesen für eine Interimslösung hätte sehr viel länger gedauert; Erster Bürgermeister Herpich verweist in diesem Zusammenhang auf die Dauer des Baugenehmigungsverfahrens für das Neue Rathaus.

#### **Beschluss:**

##### **Beschluss 1:**

**Die Beschlussempfehlung ist um folgenden Text zu ergänzen:**

**Die Gemeinde war in Person des Ersten Bürgermeisters und weiterer Beteiligter über das extra zu diesem Zweck eingebundene Baugremium in den Planungsprozess frühzeitig involviert.**

##### **Beschluss 2:**

- **Zum Vortrag der Überörtlichen Rechnungsprüfung gibt die Gemeinde Theilheim folgende Erklärung ab:**

**Die Gemeinde Theilheim hat sich in Beratungen, die sich über mehrere Jahre hingezogen haben, eingehend mit der Problematik befasst und sich selbstverständlich auch mit der Stellungnahme des Bayer. Gemeindetages vom 07.05.2019 erschöpfend in mehreren Sitzungen beschäftigt. Die Gemeinde hat sich dabei den Entscheidungsprozess und ihre Entscheidungen alles andere als leicht gemacht.**

**Die Stellungnahme der Überörtlichen Rechnungsprüfungsstelle ist nachvollziehbar, übersieht dabei jedoch die vielen Zwangspunkte des Vorhabens, die sich auch aus den langjährigen Verhandlungen ergeben haben.**

**Im Gemeinderat war das Vorgehen des Bistums bei der Erstellung der Planung thematisiert und kritisiert worden, auch wenn das sich so nicht aus den Sitzungsniederschriften ergeben sollte: Es wird kein Wortprotokoll geführt.**

**Die Gemeinde war in Person des Ersten Bürgermeisters und weiterer Beteiligter über das extra zu diesem Zweck eingebundene Baugremium in den Planungsprozess frühzeitig involviert.**

- **Ausschlaggebend im Rahmen des eng gestrickten Handlungsspielraums der Gemeinde war insbesondere der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen und letztlich der gesetzliche Anspruch auf einen KITA-Platz nach § 24 SGB VIII: Die Gemeinde Theilheim ist verpflichtet, ein entsprechendes Angebot an Betreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Im Hinblick auf das Gefüge Bedarf – vorhandene KITA-Plätze – Zustand der KITA „Kath. Kindertagesstätte St. Johannes“ war und ist dringlichster Handlungsbedarf gegeben. Die Realisierung einer kommunalen KITA auf einem gemeindeeigenen Grundstück war hingegen nicht möglich; auch die Sportplatzflächen, auf denen jetzt die Interimslösung realisiert werden wird, sollen nach zwei Jahren ihrem ursprünglichen Nutzungszweck wieder zugeführt werden.**

Zur Laufzeit des Treuhandvertrages enthält § 10 Abs. 2 folgende Bestimmungen:  
*„Eine ordentliche Kündigung des Treuhandvertrags ist nach § 10 Abs. 2 des Treuhandvertrages ausgeschlossen. Eine außerordentliche Kündigung ist nur möglich, wenn die andere Vertragspartei ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommt und ein Festhalten hieran unter Abwägung sämtlicher Umstände nicht zumutbar ist.“*

Ein Rechtsstreit über eine Kündigung dieses Vertrages steht zum einen ausdrücklich nicht in der Zielsetzung der Gemeinde und würde zum anderen zu einem langjährigen Rechtsstreit mit offenem Ausgang führen, verbunden mit schwerwiegenden Konsequenzen für die jetzt anstehende Realisierung des Gesamtprojekts, für das aber dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

Zum Ausräumen der Bedenken der Überörtlichen Rechnungsprüfungsstelle werden folgende ergänzenden Maßnahmen beschlossen:

- Mit der Förderstelle Regierung von Unterfranken ist zu klären, ob nach einer gemeindeinternen Überprüfung der Planung auf ihre Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit mit ggfs. teilweise daraus folgenden Reduktionen (z. B. durch andere Materialverwendung ohne Qualitätseinbußen) eine entsprechende Plan- und Kostenfortschreibung im Förderverfahren nach Art. 10 FAG möglich ist; die vorhandene Baugenehmigung des Landratsamtes Würzburg vom 28.08.2020 soll dabei ausdrücklich nicht angetastet werden (interne Zielvorgabe der Gemeinde).
- Ebenso ist bei der Kath. Kirchenstiftung eine Erklärung dahingehend anzufordern, dass diese die Zielsetzung einer sparsamen und wirtschaftlichen Bauweise mitträgt und deshalb Abweichungen von der Planung des Architekturbüros Brückner & Brückner Würzburg vom 11.10.2016 sowie vom Beschrieb in den einzelnen Kostenpositionen der Kostenberechnung vom 12.01.2021 zustimmt. Eine Einbindung und Information der Kath. Kirchenstiftung hierzu erfolgt über den gemeinsamen Bauausschuss KITA: ein ggfs. bestehender Widerspruch der Kath. Kirchenstiftung zur Planung ist innerhalb von sieben Tagen nach Beschlussfassung durch den Bauausschuss KITA der Gemeinde gegenüber in Schriftform zu äußern. Sofern die Kath. Kirchenstiftung an einer aufwendigeren Bauweise festhalten sollte, ist sie aufzufordern, die hierfür entstehenden Mehrkosten zu tragen.
- Der Verwendungszweck des Vorhabens ist möglichst dinglich über eine entsprechende Grunddienstbarkeit zu Lasten des Grundstückes Flurnr. 1237 der Gemarkung Theilheim zu sichern; es ist zunächst die Bereitschaft der Kath. Kirchenstiftung Theilheim hierzu abzufragen.
- Die Kassenversicherung wurde 2016 auf eine Versicherungssumme von 500.000 € erhöht; im Hinblick auf das anstehende Bauvorhaben wird die adaequate Höhe der Kassenversicherung nochmals überprüft, ggfs. neu bestimmt und erhöht.

#### Abstimmungsergebnis:

##### Beschluss 1:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**Beschluss 2:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 08 A** Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten
**Sachvortrag:**

Am 26.08.2021 fand ein erstes Abstimmungsgespräch zwischen der Gemeinde Theilheim, dem Projektsteuerer gk Projektmanagement und Vertretern des Architekturbüros Brückner & Brückner statt; Erster Bürgermeister Herpich informiert hieraus:

- Die Tragwerksplanung wurde durch das Büro Härth erarbeitet; das Landratsamt Würzburg hat den Auftrag zur Prüfstatik an das Büro Schömig-Plan Ingenieurgesellschaft mbH, Kleinostheim erteilt; die Prüfstatik liegt aktuell trotz mehrmaliger Nachfragen immer noch nicht vor.
- Mit Schreiben vom 17.06.2021 hat die Regierung von Unterfranken aus der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020 (4. SIP) im Wege der Projektförderung eine Zuweisung bis zur Höhe von 379.000 Euro als Anteilsfinanzierung bewilligt; die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn war mit Bescheid vom 30.09.2020 erteilt worden. Ein Bewilligungsbescheid nach Art. 10 FAG steht derzeit noch aus.
- Es werden – in Zusammenarbeit mit den Fachplanern - weitergehende Fördermöglichkeiten für das Projekt abgeprüft werden (-> BAFA-Förderung: Gefördert werden die Investitionsausgaben von stationären raumlufttechnischen (RLT-) Anlagen sowie die Ausgaben für Planung und Montage in Höhe von bis zu 80 % der förderfähigen Ausgaben. Die maximale Förderung hierfür beträgt 500.000,00 Euro pro Standort.)
- Eine dezidierte Materialabstimmung muss noch erfolgen; es ist beabsichtigt, Einzelentscheidungen über den Bauausschuss KITA herbeizuführen: Zielsetzung ist eine Kostenoptimierung ohne Qualitätseinbußen (z. B. Hinterfragen der Notwendigkeit des Anbringens von Holzläden oder der Dacheindeckung mittels Biberschwanzziegel).
- Die Kostenschätzung Stand 09.08.2018 wurde nicht fortgeschrieben; es sind Kostensteigerungen im Hinblick auf die aktuelle Situation im Bausektor zu erwarten.
- Zum Ausschreibungszeitpunkt: Bisher gängige Praxis war es, ca. 60 – 70 % des Bauvolumens, das dann schon Technik beinhaltet, zu Beginn einer Baumaßnahme auszuschreiben.  
In der Weihnachtszeit bzw. der Zeit „zwischen den Jahren“ und im Hinblick auf die Situation im Bausektor besteht - auch aus Erfahrungswerten heraus - eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass keine Angebote eingehen.

Gk Projektmanagement hat daher sog. just- in time-Ausschreibungen vorgeschlagen (also Ausschreibungen gemäß Bedarf, welches Gewerk ganz konkret benötigt wird): Für eine erste Ausschreibung ist damit maximal das Gewerk „Abbruch – Entkernen – Entsorgen“ sinnvoll; Brückner & Brückner wird den Sachverhalt mit dem Statiker besprechen.

- Brückner & Brückner erstellt einen Bauzeitenplan, der dann im Bauausschuss KTA vorgestellt und beraten werden wird.

### **Diskussionsverlauf:**

Bei den Ausschreibungsverfahren sollten die üblichen Vorlaufzeiten einer Gemeinde berücksichtigt werden.

### **Beschluss:**

**Mit der Vorgehensweise besteht Einverständnis.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

## **TOP 08 B Interimskita Theilheim**

### **Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich gibt die Beschlüsse des Bauausschusses KITA vom 10.08.2021 bekannt:

1.

Für das Bauvorhaben „Errichten eines Containerbaus als Interim Kindertagesstätte für 3 Kleinkind- und 4 Kindergartengruppen / 136 Kinder, befristet auf eine zweijährige Nutzungsdauer, beginnend ab Inbetriebnahme“ wurde folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

1. Der Bauausschuss KITA nimmt Kenntnis vom Inhalt der Planung des Architekturbüros Brückner & Brückner und billigt diese vollumfänglich.
2. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
3. Die Gemeinde erteilt die erforderliche Befreiung für die (vom Bebauungsplan „Gesamtbebauungsplan Teil I“, der hier die Festsetzung „Sportgelände“ trifft) abweichende Nutzung als Kindertagesstätte.

Die Planunterlagen zum Bauantrag können auf der RIS-Plattform zur Sitzung des Bauausschusses KITA eingesehen werden.

2.

Für das Vorhaben „Nutzungsänderung Sportheim (Vereinsraum und Gaststättennutzung zu Bewegungsraum / Gäste zu Besprechungsraum / Nutzung der Küche und Sanitärräume), befristet auf eine zweijährige Nutzungsdauer, beginnend ab Inbetriebnahme“ wurde ebenfalls folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

1. Der Bauausschuss KITA nimmt Kenntnis vom Inhalt der Planung des Architekturbüros Brückner & Brückner und billigt diese vollumfänglich.
2. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
3. Die Gemeinde erteilt die erforderliche Befreiung für die (vom Bebauungsplan „Gesamtbebauungsplan Teil I“, der hier die Festsetzung „Sportgelände / Sportlerheim“ trifft) abweichende Nutzung als Kindertagesstätte.

Die Planunterlagen zum Bauantrag können auf der RIS-Plattform zur Sitzung des Bauausschusses KITA eingesehen werden.

Die Gesamtkostenschätzung für die Interimslösung liegt unverändert bei 767.011,36 € brutto.

Für beide Bauanträge war am 10.08.2021 erfolgreich die Nachbarbeteiligung durchgeführt worden. Beide Anträge liegen seit dem 11.08.2021 dem Landratsamt Würzburg zur Erteilung der Baugenehmigung vor.

Zum aktuellen Stand:

- Submissionstermin für die InterimsKITA ist der 21.09.2021; eine Vergabe ist für die Gemeinderatssitzung am 12.10.2021 geplant.
- Für die vorbereitenden Maßnahmen (Abtrag Mutterboden im Bereich des Baufelds, Aufbringen eines tragfähigen Untergrundes) und Erschließung Wasser / Abwasser werden Angebote durch Brückner & Brückner eingeholt. Das Roden des Buschwerks wird durch den Bauhof erledigt (ist teilweise schon erfolgt). Das Baufeld wird bis Ende des Jahres vorbereitet sein.
- Brandschutz:
  - A) Das Ingenieurbüro ALKA hat die Stellungnahme abgegeben, dass die Brandfallentnahme im Gebiet Hochzone Reissgarten, Triebweg derzeit als nicht gesichert angesehen werden muss bis eventuelle Messungen ergeben, dass der fallende Vordruck am DPW nicht in der rechnerischen Dimension vorhanden oder von der Steuerung der Feuerlöschpumpe so geregelt wird, dass das Entstehen von Unterdruck gesichert verhindert wird. Ggf. ist im mutmaßlich flachen Bereich des Sportplatzes hier das vorübergehende Aufstellen eines provisorischen („fliegenden“) Löschwasserbehälters aufgrund der Sensibilität der Einrichtung eine Option bis das Hauptleitungsnetz gereinigt, ertüchtigt wurde und die Löschwasserentnahme sicherstellen kann.
  - B) Für das Sportheim ist eine Gefährdungsbeurteilung durch den Betreiber zu erstellen, um eine ansonsten technisch aufwendige -bzw. tatsächlich nicht mögliche - Verbreiterung der lichten Türbreite zu vermeiden. Die lichte Türbreite zum Bewegungsraum genügt den Anforderungen nicht. Mittlerweile fand bereits eine Begehung durch einen vom Betreiber beauftragten Gutachter statt, der in Kürze eine Gefährdungsbeurteilung abgeben wird.

- Der Zeitbedarf für das Aufstellen des Containerdorfs liegt bei ca. drei bis vier Wochen.
- Gk Projektmanagement hat bezüglich der sehr knapp gesetzten Frist zur Fertigstellung des Containerdorfs Bedenken angemeldet: Zu starre und enge Vorgaben könnten dazu führen, dass kein Angebot eingeht; das Risiko wird dabei als hoch bewertet. Erster Bürgermeister Herpich ist deshalb der Empfehlung gefolgt – und hat in Abweichung von der Beschlusslage eine entsprechende Dringlichkeitsentscheidung getroffen-, im LV als Zielvorgabe zur Fertigstellung den 01.02.2022 aufzunehmen, aber den Bietern die Möglichkeit durch ein Nebenangebot für einen Vorschlag zum Ausführungszeitraum zu geben; der Ausführungszeitraum wurde maximal auf den 25.02.2022 begrenzt.
- Der Umzug der KITA könnte damit auch in den Faschingsferien erfolgen; das genaue Zeitfenster ist noch zu bestimmen. Vorgesehen ist, dass ein Umzug abschnittsweise erfolgt; Erster Bürgermeister Herpich wird sich hierzu mit dem Trägerverein besprechen.
- Mit den Eltern ist der Umzugszeitraum frühestmöglich zu kommunizieren (-> keine Betreuungsmöglichkeit in der Umzugszeit).
- Heiz- / Kühlgeräte wurden für 50 % der Container mit ausgeschrieben; bei Bedarf ist ein Nachtrag möglich. Es war zunächst überlegt worden, Heiz-/ Kühlgeräte als sog. „Eventualpositionen“ auszuschreiben; dies sieht die VOB jedoch nicht vor und hätte dazu u. U. geführt, dass eine vergaberechtliche Bewertung nicht möglich gewesen wäre.
- Der Abschluss einer Bauwesenversicherung durch die Gemeinde ist nicht erforderlich; im LV wurde standardisiert darauf abgestellt, dass der Auftragnehmer bis zur Übergabe des Containerdorfs die Gefahr eines zufälligen Untergangs der Sache trägt.

### **Diskussionsverlauf:**

Nach Nr. 9.3 der Richtlinie über die Zuweisungen des Freistaates Bayern zu kommunalen Baumaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich (Zuweisungsrichtlinie – FAZR) müsste eine Fördermöglichkeit für die Interimslösung bestehen; es wird mitgeteilt, dass die Regierung von Unterfranken auf mehrfache Nachfragen – auch der Überörtlichen Rechnungsprüfungsstelle - eine Fördermöglichkeit für die anstehende Interimslösung verneint hat; gleichwohl wird eine Fördermöglichkeit nach Nr. 9.3 nochmals abgeprüft werden. Dem Gemeinderat wird berichtet.

### **Beschluss:**

**Mit der Vorgehensweise besteht Einverständnis.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 08 C** Vergabe des Auftrags Stromanschluss (Bekanntgabe Dringlichkeitsentscheidung des Ersten Bürgermeisters)

**Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich gibt bekannt, dass er am 25.08.2021 im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung sowohl den Auftrag für die Erstellung des Strom-Netzanschlusses erteilt hat als auch den Netzanschlussvertrag für einen Niederspannungsnetzanschluss Strom bei den Mainfranken Netze GmbH, Würzburg, abgeschlossen hat.

Dies war erforderlich, um den zeitlich engmaschigen Zeitplan für das Vorhaben „Errichten eines Containerbaus als Interim Kindertagesstätte für 3 Kleinkind- und 4 Kindergartengruppen / 136 Kinder“ zu gewährleisten.

Die Gesamtkosten brutto für den Netzanschluss betragen 20.949,95 EUR (incl. Tiefbauarbeiten); die Ausführung soll voraussichtlich Mitte / Ende Oktober 2021 erfolgen.

**TOP 09** Bericht der Örtlichen Rechnungsprüfung (Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10.06.2021)  
a) Stellungnahme der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses  
b) Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht

**Sachvortrag:**

- a) Erster Bürgermeister Herpich erteilt Frau Glässel das Wort und bittet um ihre Stellungnahme als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses.

Frau Glässel nimmt wie folgt Stellung:

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2019 erfolgte am 10.06.2021 durch den örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss. Der Prüfbericht wurde dem Gemeinderat bekannt gegeben.

Kleine Rückfragen konnten durch die Verwaltung noch während der Sitzung ausreichend beantwortet werden.

Die Örtliche Rechnungsprüfung hatte sich aufgrund der Pandemielage etwas verschoben.

Aus Sicht der Vorsitzenden und der Vertreter des Rechnungsprüfungsausschusses wurden die Fragen insgesamt beantwortet, teilweise sehr ausführlich. Der Verwaltung wird ein nachvollziehbarer und ordnungsgemäßer Umgang mit den vielfältigen Zahlungs- und Verwaltungsvorgängen bestätigt.

- b) Die Fragen und Feststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses wurden wie folgt aufgearbeitet:

**Punkt 1: Zahlungsverkehr, sowie Annahme- und Auszahlungsanordnungen**

**AO 91: Was konkret deckt die Rechtsschutzversicherung des Bayerischen Gemeindetages in Bezug auf den Strafverkehrsrechtsschutz ab?**

Der Versicherungsschutz umfasst:

## 1. Straf-Rechtsschutz

### 1.1 Versicherter Personenkreis:

- Versicherungsschutz besteht nach Zustimmung des Versicherten für die mitversicherten Personen in Ausübung ihrer Tätigkeit für den Versicherten.
- Wenn der Versicherte zustimmt, erhalten auch aus den Diensten des Versicherten ausgeschiedene Personen für Rechtsschutzfälle, die sich aus ihrer früheren Tätigkeit für den Versicherten ergeben, Versicherungsschutz.
- Tätigkeiten des Versicherten oder über diesen mitversicherte Personen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufsichtsrats-, Beirats- und Verwaltungsratsmandaten in Tochterunternehmen der von ihnen vertretenen Kommune/Einrichtung sowie ehrenamtlich ausgeübte Mandate in Stiftungen und Vereinen sind vom Versicherungsschutz umfasst. Die mit der Ausübung eines Amtes oder Mandates zu übernehmenden Funktionen der mitversicherten Personen gelten mitversichert.

### 1.2 Der Versicherungsschutz der mitversicherten Personen umfasst

- Straf-Rechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfes, eine Straftat begangen zu haben. Hierunter fallen sowohl Vergehen als auch Verbrechen.  
Wird die mitversicherte Person wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat rechtskräftig verurteilt, entfällt der Versicherungsschutz rückwirkend. Sie hat in diesem Fall die erbrachten Leistungen zurückzuerstatten. Bei rechtskräftiger Verurteilung sowohl wegen Vorsatzes als auch wegen Fahrlässigkeit besteht diese Rückzahlungsverpflichtung nur insoweit, als Vorsatz betroffen ist.  
Bei Abschluss des Verfahrens durch Strafbefehl wird auf eine Regressnahme bei der mitversicherten Person verzichtet.
- Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfs einer Ordnungswidrigkeit
- Disziplinar und Standes-Rechtsschutz für die Verteidigung in Disziplinar- und Standesrechtsverfahren
- Beistandsleistung durch einen Rechtsanwalt bei der Vernehmung einer mitversicherten Person in einem versicherten Verfahren als Zeuge, wenn diese Person die Gefahr einer Selbstbelastung annehmen muss (Zeugenbeistand),
- Die Stellungnahme eines Rechtsanwaltes, die notwendig wird, weil sich das Ermittlungsverfahren auf ein versichertes Unternehmen bezieht, ohne dass bestimmte Betriebsangehörige beschuldigt werden (Firmenstellungnahme),
- Ein verwaltungsrechtliches Mandat des Rechtsanwaltes, welches dazu dient, die Verteidigung in eingeleiteten und versicherten Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren zu unterstützen.

1.3 Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Verteidigung bei Verfahren im Zusammenhang mit Preis-, Ausschreibungs-, Quoten- und Marktabsprachen und hiermit im Zusammenhang verfolgte Vergehen und Ordnungswidrigkeiten. Der Ausschluss gilt nicht für die Verteidigung gegen den Vorwurf, Ordnungswidrigkeiten bzw. Vergehen im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge begangen zu haben.

### 1.4 Voraussetzungen für den Anspruch auf Rechtsschutz:

Anspruch auf Rechtsschutz besteht nach Eintritt eines Rechtsschutzfalles innerhalb des versicherten Zeitraumes. Als Rechtsschutzfall gilt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Versicherten. Ein Ermittlungsverfahren gilt als eingeleitet, wenn es bei der zuständigen Behörde als solches verfügt ist.



### 1.5 Zusätzlich wird vereinbart:

Schadensersatz- und Widerrufsverfahren bei Verletzung des Persönlichkeitsrechts des Versicherten oder der mitversicherten Person sind mitversichert.  
Der Versicherungsschutz umfasst presserechtliche Verfahren.

## 2. Verkehrs-Rechtsschutz

Versicherungsschutz besteht für den Versicherten in seiner Eigenschaft als Eigentümer oder Halter jedes bei Vertragsabschluss oder während der Vertragsdauer auf ihn zugelassenen oder auf seinen Namen mit einem Versicherungskennzeichen versehenen und als Mieter jedes von ihm als Selbstfahrer zum vorübergehenden Gebrauch gemieteten Motorfahrzeuges zu Lande sowie Anhängers. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Personen in ihrer Eigenschaft als berechtigte Fahrer oder Insassen dieser Motorfahrzeuge.

Zusätzlich besteht für die nach § 2 mitversicherten Personen ein Dienstreise-Rechtsschutz für die Eigenschaft als Fahrer/Insasse in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln mit den Leistungsarten Schadensersatz-, Verkehrs-Straf- und Verkehrs-Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz.

### 2.1 Der Versicherungsschutz umfasst:

- Zivilrechtsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen in Verfahren, die zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehören. Er umfasst auch die außergerichtliche Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten vor Verwaltungsbehörden und vor Verwaltungsgerichten
- Straf-Rechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfs eines verkehrsrechtlichen Vergehens
- Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz für die Verteidigung des Vorwurfes einer Verkehrs-Ordnungswidrigkeit.
- Dienstreise-Rechtsschutz: Dieser besteht jedoch nicht für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen als Eigentümer, Halter, Erwerber, Veräußerer, Mieter und Leasingnehmer eines Motorfahrzeugs zu Lande, zu Wasser und in der Luft.
- Feuerwehreklausel: Soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Lenken eines eigenen Motorfahrzeuges des Versicherten auf den direkten Wegen zu oder von Übungen oder Einsätzen der Feuerwehr besteht, erstreckt sich der Versicherungsschutz für Feuerwehrleute auch auf die Verteidigung in Verfahren wegen des Vorwurfes der Verletzung einer verkehrsrechtlichen Vorschrift des Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrechtes. Für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr besteht auch Versicherungsschutz für Streitigkeiten, die im Rahmen von Einsätzen mit den einzelnen Arbeitgebern entstehen sowie für Streitigkeiten vor Sozialgerichten infolge eines Unfalls während des Einsatzes. Diese Leistungen erfolgen nur subsidiär.

Dies ist im Gruppenversicherungsvertrag der ÖRAG mit dem Bayerischen Gemeindetag vom 02.05.2018 so geregelt.

### **AO 2776: Welches Ergebnis ergab die durchgeführte Löschdruckprüfung?**

Die Druckmessungen an den Hydranten im Ortsnetz (Überprüfung der Feuerlöschmenge) wurden am 03.12.2019 von der Firma Röska Ortungstechnik aus Sonderhofen durchgeführt. Die Kosten betrugen 427,81 €. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist detailliert im Bericht der Firma Röska Ortungstechnik vom 07.12.2019 erläutert, welcher als Anlage beigefügt wurde.

**Punkt 3: Grundschule Aufwendungen**

Es wurden im Jahr 2019 Kosten für 2 Digiboxen verbucht (Mai + September 2019). Diese wurden beide für die Schule beschafft und sind dort installiert.

**Punkt 8: Tiefbaumaßnahmen Grundstücksanschlüsse, Weiterverrechnung des Eigenanteils an die Grundstückseigentümer****Wie zeitnah erfolgt die Weiterberechnung und gibt es eine gesetzliche Frist dafür?**

Der Eigenanteil wird an die Grundstückseigentümer mit einem Bescheid weiterverrechnet. Die gesetzliche Frist beträgt 4 Jahre. Sie beginnt mit Fertigstellung bzw. Einzug in das Gebäude. Die Kosten für die Grundstücksanschlüsse werden innerhalb dieser Frist weiter verrechnet.

**Punkt 9: Sonstiges****Mitgliedsbeitrag Freundeskreis Seniorenanlage Hubland, Was ist der Nutzen für unsere Gemeinde?**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 25,56 €. Ca. 2001 trat die Gemeinde Theilheim vermutlich aus politischen Gründen dem Freundeskreis bei; eine Mitgliedschaft besteht heute noch. Die Gründe hierfür sind verwaltungsseitig nicht bekannt.

<b>TOP 09 A</b> Entlastung der Jahresrechnung 2019 Feststellung der Jahresrechnung 2019
--

**Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich ist von der Beratung und Beschlussfassung zur Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2019 wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Er übergibt die Sitzungsleitung an die Zweite Bürgermeisterin Frau Ruf; diese übernimmt den Vorsitz in der Sitzung.

**Beschluss:****Beschluss 1:**

Für die festgestellte Jahresrechnung 2019 wird gemäß Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO hiermit Entlastung erteilt.

**Beschluss 2:**

Die im Haushaltsjahr 2019 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Haushaltsüberschreitungen) werden, soweit sie erheblich sind und die Genehmigung nicht schon in früheren Gemeinderatsbeschlüssen erfolgt ist, gemäß Art. 66 Abs. 1 GO nachträglich genehmigt.

Die Jahresrechnung für 2019 wird gemäß Art. 102 Abs. 3 GO mit dem nachfolgenden Ergebnis festgestellt:

**Feststellung des Ergebnisses (§ 79 KommHV)**

<b>EINNAHMEN</b>		<b>Verwaltungs- haushalt</b>	<b>Vermögens- haushalt</b>	<b>Gesamt- Haushalt</b>
		€	€	€
Soll lfd. Haushaltsjahr		4.546.119,24	1.410.437,39	5.956.556,63
neue Haushaltsreste	+	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Haushaltsreste aus Vorjahr	-	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Kassenreste aus Vorjahren	-	0,00	0,00	0,00
<b>Bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>=</b>	<b>4.546.119,24</b>	<b>1.410.437,39</b>	<b>5.956.556,63</b>
<b>Ausgaben</b>		<b>Verwaltungs- haushalt</b>	<b>Vermögens- haushalt</b>	<b>Gesamt- Haushalt</b>
		€	€	€
Soll lfd. Haushaltsjahr		4.546.119,24	1.410.437,39	5.956.556,63
neue Haushaltsreste	+	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Haushaltsreste aus Vorjahren	-	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Kassenreste aus Vorjahren	-	0,00	0,00	0,00
<b>Bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>=</b>	<b>4.546.119,24</b>	<b>1.410.437,39</b>	<b>5.956.556,63</b>

**Gesamtbetrag der beim Jahresabschluss unerledigten Vorschüsse und Verwahrgelder**

unerledigte Vorschüsse	0,00 €
unerledigte Verwahrgelder	0,00 €

**Stand des Vermögens und der Schulden**

	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zugang	Abgang	Stand am Ende des Haushaltsjahres
3.1 Vermögen	3.190.679,21 €	683.164,11 €	0,00	3.873.843,32 €
Schulden	484.761 €	0,00 €	42.632 €	442.129 €

**Nachrichtlich****In den Rechnungsergebnissen sind  
enthalten:**

Zuführung zum Vermögenshaushalt  
 Zuführung vom Vermögenshaushalt  
 Rücklagenzuführung (netto)  
 Rücklagenentnahme (netto)

**Rechnungsergebnis Haushaltsansatz**

854.076,93 €      0,00 €  
 0,00 €      0,00 €  
 683.164,11 €      0,00 €  
 0,00 €      0,00 €

**Abstimmungsergebnis:**

Beschluss 1:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	1
Anwesende Mitglieder:	14

Beschluss 2:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	1
Anwesende Mitglieder:	14

<b>TOP 10</b> Willkommen der Gemeinde Theilheim: Antrag für Geburtsbäume für neugeborene Theilheimer Babys
--

**Sachvortrag:**

Der Ortsverband der CSU Theilheim hat den folgenden Antrag gestellt:

Die Geburt eines Babys ist ein ganz besonderes Ereignis. Unsere Gemeinde Theilheim sollte daher ihr Geschenk für Neugeborene überdenken. Nach unserem Kenntnisstand bekommen die Eltern der Neugeborenen seit Jahrzehnten einen Latz mit dem Aufdruck unserer Gemeinde.

Ein Geburtsbaum als Geschenk der Gemeinde, der mitwächst und ein Leben lang Freude an unserer Natur- und Kulturlandschaft schafft, steht im Zeichen von Nachhaltigkeit und Ökologiebewusstsein.

Nicht alle Familien haben die Möglichkeit, den Geburtsbaum zu Hause einzupflanzen. Deshalb sollte die Gemeinde ein passendes Grundstück für gemeinsame Pflanzaktionen zur Verfügung stellen. Eine Idee wäre hierfür entlang des Fahrradweges nach Randersacker.

Mit dem Geburtsbaum als Geschenk und mit dem „Geburtsbaumgarten“ können wir als Gemeinde den Wunsch zusammen mit den Eltern ausdrücken, dass sich unsere Kinder in einer gesunden und grünen Welt entwickeln und bei uns in der Gemeinde sicher und geborgen aufwachsen können. Jeder Baum schafft zudem wichtigen Lebensraum.

Die Floßwiese entlang des Radwegs, Flur Nummer 5265 ist in zwei etwa gleich große Bereiche aufgeteilt (siehe Anlage Lageplan Flosswiese).

Der östliche Teil, 3.257 m<sup>2</sup> dient als Ausgleichsfläche für den Radweg.

Der westliche Teil, 3.083 m<sup>2</sup>, ist im Ökokonto der Gemeinde mit 30.830 Wertpunkten eingetragen.

Sowohl der Landschaftsarchitekt XXXXX, der den Bau des Radwegs landschaftspflegerisch beraten hat, als auch die Untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt (UNB) haben prinzipiell keine Einwände gegen eine Anpflanzung von Bäumen auf der Wiese. Allerdings muss bei der Ausgleichsfläche im östlichen Teil, ein Mindestabstand zwischen der Neuanpflanzung und dem Streuobstbestand am Bachufer, vom 10 m gewahrt werden und der im LBP (landschaftspflegerischer Begleitplan) festgeschriebene Zweck der Ausgleichsfläche muss gewahrt bleiben („*Entwicklung artenreiches, extensiv genutztes Grünland durch extensive Pflege durch Mahd, max. 2 x jährlich ab dem 15.06. Das Mulchen ist nur nach Rücksprache mit der unteren Naturschutzbehörde erlaubt. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist auf der gesamten Fläche nicht gestattet.*“)

Generell legt die UNB im Außenbereich Wert darauf, dass bei Neuanpflanzungen heimische Gewächse eingesetzt werden. Es gibt allerdings im Forstbereich Kooperationen mit der Universität Würzburg, um die Entwicklung hitzeresilienter Pflanzen zu erforschen.

Die Anpflanzung eines Waldes, kommt auf dieser Fläche allerdings nicht in Betracht.

Sowohl die UNB als auch XXXXXXXX stehen gerne beratend zur Verfügung.

### Diskussionsverlauf:

Das Vorhaben wird kontrovers diskutiert.

- Die Idee „Geburtsbäume“ wird befürwortet, sie sei besser als das Theilheimer Lätzchen.
- Die Fläche Floßwiese sei begrenzt und bei weitem nicht ausreichend für den Kindersegen in Theilheim. Alternativ könnte ein Standort am Neuen Berg gewählt werden.
- Es ist zu überprüfen, wie viele Bäume tatsächlich im Bereich der Floßwiese angepflanzt werden können. Das Projekt sollte auf diese Größenordnung limitiert werden.
- Alternativ könnte ein Geburtsbaum zur Anpflanzung auf Privatflächen der Eltern verschenkt werden, z. B. den Baum des jeweiligen Geburtsjahrgangs.
- Es wird vorgeschlagen, den TOP zurückstellen, um einen geeigneten Alternativstandort zu ermitteln. Alternativ sollte der TOP in einen Ausschuss vertagt werden.
- Es wird die Auffassung vertreten, dass ein gesamtgemeindliches Konzept erstellt werden sollte. Z. B. könnte das Interesse der Eltern abgefragt werden. Ein Konzept sollte so einfach als möglich gehalten werden.

Sinnvoll sei es, statt Bäumen auch Hecken und Gehölze anzulegen, um Struktur in die Landschaft zu bringen.

Die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde könne nicht nachvollzogen werden: Es sei sinnvoll, Obstbäume anzupflanzen.

- Bäume würden viel Wasser brauchen und daher grundsätzlich nicht entlang von landwirtschaftlichen Kulturen angepflanzt werden.
- Die Installation von Geburtsbäumen als „Willkommen der Gemeinde“ sollte zeitlich begrenzt werden.
- Die Formulierung, einen Baum zur Geburt zu verschenken, stelle keine gute Idee dar. Man könnte beispielsweise sagen: Anlässlich der Geburt pflanzen wir einen Baum. Zu klären sei auch ein womöglich entstehendes Holzbezugsrecht. Hierzu wird klargestellt, dass das „Willkommen der Gemeinde“ eine symbolische Geste sei: Denkbar sei höchstens die Einräumung des Nießbrauchs (-> Recht am Obst).
- Es wird gebeten, heute über den Antrag Beschluss zu fassen, z. B. für die ersten 30 oder 50 Bäume oder für einen Zeitraum von drei Jahren.

**Beschluss:****Beschluss 1**

**über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung in den Ausschuss für Dorfentwicklung**

**Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist eine Vertagung abgelehnt.**

**Beschluss 2:**

**Der Gemeinderat befürwortet das Projekt und stimmt dem Antrag „Geburtsbäume für neugeborene Theilheimer Babys“ grundsätzlich zu.**

**Es ist eine Beschlussvorlage durch die Verwaltung zu erarbeiten, wie das Projekt umgesetzt und welche Richtlinien festgelegt werden können (Durchführungsvorschlag).**

**Zur nächsten Behandlung des TOPs im Gemeinderat ist ein Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde einzuladen.**

**Abstimmungsergebnis:****Beschluss 1:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	8
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**Beschluss 2:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	14

**TOP 11** Bekanntmachung von Beschlüssen aus den Gemeinderatssitzungen vom 08.06.2021 und 22.06.2021, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

**Sachvortrag:**

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
08.06.2021	Gemeinderat	-	Die Niederschrift enthält keine Beschlüsse, deren Veröffentlichung zu beschließen wäre.
22.06.2021	Gemeinderat	TOP 2 C	<p><b>Entlastungskanal Reisgarten: Nachtrag für die Asphaltierung des Stichweges Tannenweg</b></p> <p>Die Stichstraße des Tannenwegs wird ab der Mitte des Grundstücks [Tannenweg 13] bis zum Straßenende voll ausgebaut. Dafür entstehen laut Berechnungen des Ingenieurbüros Horn Mehrkosten in Höhe von 25.704 €.</p> <p>Für den Ausbau der zusätzlichen 80 m<sup>2</sup> im unteren Bereich der Stichstraße, von der Einfahrt am [Tannenweg 15] bis zum Tannenweg ist mit Mehrkosten in Höhe von 4.000 € zu rechnen.</p>
22.06.2021	Gemeinderat	TOP 2 D	<p><b>Entlastungskanal Reisgarten: Nachtrag für die Winterleitenstraße (Baugebietserweiterung)</b></p> <p>Die Gemeinde beauftragt die Fa. Otto Heil, Eltingshausen, zu den vom Ingenieurbüro Horn aus Eibelstadt ermittelten Kosten in Höhe von 20.000 €, für das Herstellen einer ca. 45 m langen Zufahrt zu den beiden durch die noch ausstehende Bebauungsplanänderung entstehenden Bauplätzen. Die Kosten sind gemäß der Vereinbarung vom 12.09.2019 / 01.10.2019 von den [bevorteilten Anliegern] zu tragen.</p>
22.06.2021	Gemeinderat	TOP 2 E	<p><b>Entlastungskanal Reisgarten: Nachtrag für die Winterleitenstraße (gepflasterte Stichstraße)</b></p> <p>Die Fa. Otto Heil, Eltingshausen, wird beauftragt, auf Grundlage der Kostenermittlung des Ingenieurbüros Horn aus Eibelstadt über 24.000 €, das vorhandene Pflaster auf der Stichstraße der Winterleitenstraße auf der gesamten Länge von ca. 40 m durch einen Asphaltausbau zu ersetzen. Die Kosten dafür trägt die Gemeinde Theilheim.</p>
22.06.2021	Gemeinderat	TOP 2 F	<p><b>Entlastungskanal Reisgarten: Nachträge für Leerrohre und Umverlegung einer 20 kV-Stromleitung, für schwer lösbare Böden sowie Separieren von Bodenaushub</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Mehrkosten in Höhe von ca. 9.900 € für zusätzliche Kabel- und Leerrohrarbeiten werden zunächst anerkannt. Sobald die Gesamtkosten feststehen, ist mit der Mainfranken Netze GmbH und der Deutschen Telekom eine Kostenvereinbarung zu treffen, die vom Gemeinderat zu genehmigen ist (Nachtrag 1).</li> <li>2. Die Mehrkosten in Höhe von ca. 4.760 € als Zulage wegen schwer lösbarer Böden sind unabweisbar und werden genehmigt (Nachtrag 2).</li> <li>3. Die Mehrkosten für das Separieren von Bodenaushub zum Wiedereinfüllen in Höhe von ca. 9.600 € werden anerkannt (Nachtrag 3).</li> </ol>

**TOP 12** Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**TOP 12 A** Sicherung der Wasserversorgung und der Löschwasserversorgung: Ergebnis der Wasser-Luftdruckspülung & Hydrantentests**Sachvortrag:**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 09.03.2021 an das Ingenieurbüro Horn, Eibelstadt, den Auftrag erteilt, einen Generalsanierungsplan für das Wasserleitungsnetz der Gemeinde Theilheim auszuarbeiten.

Die möglichen Lösungsansätze und Sofortmaßnahmen wurden von XXXXXXXXX in der Sitzung des Gemeinderates am 20.07.2021 vorgestellt.

Neben der mittlerweile bereits projektierten Teilerneuerung des Wassernetzes (Ringschluss Bachstraße und Neubau Zuleitung Spitzweg) wurde eine sog. Luft-Wasser-Spülung von Guss-Bestandsleitungen dringend empfohlen.

Am 20. August wurde daher ein Teilabschnitt der Brückenstraße auf einer Länge von rund 200 m durch die Firma Mösslein mit dem sog. MWT-Verfahren behandelt.

Die Firma beschreibt das Verfahren wie folgt:

Das MWT-Power-Air-Verfahren basiert auf der impulsartigen, kontrollierten Zugabe komprimierter Luft innerhalb eines druckreduzierten Spülabschnitts. Durch den impulsartigen Lufteintrag werden gezielt Luftblasen gebildet und es entsteht eine fortlaufende Kette von raumfüllenden Wasser- und Luftblöcken. Die Blasen bewegen sich mit der durch die Wasserentnahme am Auslauf bestimmten Fließgeschwindigkeit durch den bearbeiteten Spülabschnitt hindurch (Luft- Molch). Die Reinigungsleistung und die damit verbundene Nachhaltigkeit des Spülergebnisses sind außerordentlich gut.

Leider lässt sich diese Aussage nicht bestätigen. Durch die mittlerweile begonnenen Überprüfungsarbeiten und Messreihen des gemeindlichen Bauhofs, die ebenfalls vom Ing.-Büro Horn vorgeschlagen wurden (Überprüfung Wasserleitungsarmaturen / Hydrantenkontrolle), durch vorher- und nachher durchgeführte Messungen an den drei sich im Bereich befindlichen Hydranten, konnte folgende Veränderungen im Durchflussverhalten festgestellt werden:

Am Unterflurhydrant UH0069

eine Steigerung des Durchflusses von 465 auf 518 l/Min. = + 53 l/Min

Am Unterflurhydrant UH0071

eine Steigerung des Durchflusses von 415 auf 455 l/Min. = + 40 l/Min

Am Unterflurhydrant UH0076

eine Steigerung des Durchflusses von 451 auf 518 l/Min. = + 67 l/Min

In Anbetracht der absoluten Ergebnisse und den diesen gegenüberstehenden Kosten von rund 1.200 € wird bis auf weiteres von weiteren Luft-Wasser-Spülungen Abstand genommen.



**TOP 12 B** Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Würzburg-Land für das Jahr 2020**Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich gibt den Bericht der PI Land über den Sicherheitszustand des Dienstbereichs der Polizeiinspektion Würzburg-Land und der Gemeinde Theilheim für das Jahr 2020 vom 10.06.2021 bekannt; dieser ist dem TOP als Anlage beigefügt.

**TOP 12 C** Feuerwehrbedarfsplan: Sachstandsbericht**Sachvortrag:**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 06.10.2020 beschlossen, das Ingenieurbüro für vorbeugenden Brandschutz, Renninger, Eßfeld/Giebelstadt, mit der Erstellung eines Feuerwehr-Bedarfsplans zu beauftragen.

Am 19. August 2021 hat nun der 3. Teil des der Erstellung, die Ortsbegehung im Rahmen des Feuerwehrbedarfsplans, stattgefunden. Nach der vorherigen Bestandsaufnahme der Gebäudestruktur des Ortes, der Risikofaktoren und der Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr, ging es bei diesem Termin um eine Inaugenscheinnahme der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort.

Im nächsten Schritt findet nun, nach der inhaltlichen Gegenüberstellung des Soll- und des Ist-Zustandes, am 30. Oktober ein Workshop statt. Bei dieser Veranstaltung vor Ort mit der Präsentation der Arbeitsergebnisse sollen gemeinsam die Problempunkte definiert und Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden.

An diesem Workshop nehmen neben dem Ersten Bürgermeister, der Leitung der Freiwilligen Feuerwehr, auch die Gemeindeverwaltung und die Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat teil.

**TOP 12 D** Neues Rathaus: Sachstand Umzug**Sachvortrag:**

Durch Verzögerungen bei den Bauarbeiten und die derzeit (07.09.2021) noch fehlende Baugenehmigung für die Umnutzung des ehemaligen Bankgebäudes in ein öffentliches Verwaltungsgebäude / Rathaus, steht der ursprünglich geplante Umzugstermin zum Jahresende auf der Kippe.

Neben der fehlenden Genehmigung tragen vor allem auch Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung für die ausführenden Firmen erheblich zur Verzögerung bei.

Im Moment wird noch ein Umzug „zwischen den Jahren“ geplant. Sollte sich im Laufe des Septembers / Oktobers abzeichnen, dass dies nicht möglich ist, wird der Umzug aus organisatorischen Gründen auf Ende März des kommenden Jahres verschoben.

## **TOP 12 E** Grundschule: Neues Klassenzimmer im alten Gebäude

### **Sachvortrag:**

Die Grundschule Theilheim hat der Gemeinde am 1. Juli mitgeteilt, dass aufgrund der Schülerzahl von 29 Kindern, die Eingangsklasse des Schuljahres 2021/22 geteilt werden muss und somit ein weiteres Klassenzimmer benötigt wird.

Der bisherige Mieter des vorgesehenen Raumes im Westflügel der „Alten Schule“ hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, den Raum vorzeitig zu räumen.

So konnte bereits Ende Juli mit den erforderlichen Umbau- und Ausstattungsarbeiten begonnen werden. Das ehemalige Musikzimmer im Erdgeschoss der „Alten Schule“ wird derzeit soweit wie möglich ertüchtigt:

- Die Elektro- und Netzwerkverkabelungsarbeiten konnten größtenteils abgeschlossen werden. Neue Leuchten wurden montiert.
- Kleinere Maler- und Verputzerarbeiten werden vom gemeindlichen Bauhof in Eigenregie erledigt.
- Ein Fluchtwegplan und ein Brandschutzgutachten wurden erstellt.
- Im Moment fehlen noch der Raucherkennungs- und Meldesensor, der noch mit der Anlage im neuen Schulgebäude vernetzt werden muss.
- Gemeinderat Holger Seefried hat eine gebrauchte, aber gut erhaltene, digitale Tafel (White Board) aus Beständen des Landratsamtes vermittelt. Diese muss aber erst noch montiert und angeschlossen werden.
- Die Ausstattung der Schülerarbeitsplätze kann weitestgehend mit vorhandenem Mobiliar durchgeführt werden. Noch fehlende Ausstattungsgegenstände (Lehrerpult, Schränke, Pinwände etc.) wurden bereits bestellt.

Eine Inbetriebnahme zum heutigen Schulbeginn konnte aber nicht gewährleistet werden.

## **TOP 12 F** Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter - Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026

### **Sachvortrag:**

Der Bundestag hat am Freitag, 11. Juni 2021, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler beschlossen.

Der Gesetzesentwurf sieht u. a. folgende Regelungen vor:

§ 24 Abs. 4 SGB VIII (Achstes Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe) erhält folgende Fassung:

„(4) Ein Kind, das im Schuljahr 2026 / 2027 oder in den folgenden Schuljahren die erste Klassenstufe besucht, hat ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe einen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung.

Der Anspruch besteht an Werktagen im Umfang von acht Stunden täglich.

Der Anspruch des Kindes auf Förderung in Tageseinrichtungen gilt im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt.

Landesrecht kann eine Schließzeit der Einrichtung im Umfang von bis zu vier Wochen im Jahr während der Schulferien regeln.

Über den vom Anspruch umfassten zeitlichen Umfang nach Satz 2 hinaus ist ein bedarfsgerechtes Angebot in Tageseinrichtungen vorzuhalten; dieser Umfang der Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.  
Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.“

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat in seiner 7. Sitzung am 6. September 2021 dem vom Deutschen Bundestag in seiner 234. Sitzung am 11. Juni 2021 beschlossenen **Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter** zugestimmt.

So haben ab dem 01.01.2026 alle Kinder bis zur vierten Klasse einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Nachdem diese aller Voraussicht nach nicht in den regulären Klassenzimmern stattfinden kann, werden ab dem genannten Datum, zusätzlich zu den beiden bereits vorhandenen Hortgruppen, voraussichtlich fünf bis sechs weitere Räume benötigt.

Zwar werden die Maßnahmen zu 100% gefördert (70% Bund / 30 % Freistaat Bayern), aber die beschlossene Fördersumme i.H.v. 3,5 Milliarden € dürfte bei Weitem nicht ausreichen, das Vorhaben flächendeckend zu finanzieren.

Abgesehen davon hat die Gemeinde Theilheim auch noch Flächenprobleme.

## TOP 12 G Termin Bürgerversammlung und nächste Gemeinderatssitzungen

### Sachvortrag:

Die **Bürgerversammlung 2021** findet am Freitag, 19. November 2021 um 19:00 Uhr in der Jakobstalhalle statt, soweit dies im Rahmen der dann gültigen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung gültig ist.

Die **nächste reguläre Gemeinderatssitzung** findet am Dienstag, den 12. Oktober 2021, um 19:30 Uhr in der Jakobstalhalle statt.

Die **Gemeinderatssitzung im November** findet am 9. November und die **Dezembersitzung** am 7. Dezember statt.

Der **Grundstücks- und Bauausschuss** tritt am Mittwoch, den 29. September zusammen.  
Veranstaltungsort: Vereinsraum der Jakobstalhalle, Beginn 18:00 Uhr

## TOP 12 H Veranstaltungshinweise

### Sachvortrag:

Die Gemeinde freut sich, das **Konzert mit den Tanzkindern im Rahmen des Kultursommers 2021** ankündigen zu können. Nachdem die im letzten Jahr geplante Veranstaltung ausfallen musste, findet an diesem Freitag, 17.09.2021, die erste Veranstaltung der "Kultur im Park"-Reihe statt.

Die Veranstaltung findet im Bürgerpark Theilheim (alter Friedhof), Kilian-Wallrapp-Straße, statt.

Das Konzert beginnt um 19:00 Uhr, die Veranstaltung endet spätestens um 22:00 Uhr. Einlass ist ab 18:00 Uhr. Der Eintritt beträgt 6,- €. Die Karten gibt es nur im Vorverkauf bei den Bäckereien Fuchs (Brunnenstraße 2) und Ganz (Hauptstraße 37) und im Rathaus (Bachstraße 13), zu den üblichen Öffnungszeiten. Verkauf nur so lange der Vorrat reicht - begrenzte Sitzplatzanzahl.

Im Eingangsbereich werden Theilheimer Weine angeboten, vor dem Gelände frisch zubereitete Flammkuchen.

Corona Hygiene Hinweis: Beim Betreten und Verlassen des Geländes, beim Aufsuchen der Toiletten und an den Verkaufsständen besteht Maskenpflicht (FFP2 oder medizinische Maske). Die Kontaktdaten der Besucher werden am Einlass zur Kontaktnachverfolgung erfasst (CWA, Luca und Papier).

Unterstützt wird die Veranstaltung durch das Landratsamt Würzburg, die Sparkasse Mainfranken Würzburg und die VR-Bank Würzburg.

Bereits zwei Tage später, am Sonntag, den 19.09.2021, lädt die **Blaskapelle Theilheim** zu einem musikalischen Frühschoppen in den Bürgerpark ein. Beginn ist um 10:00 Uhr. Die Veranstaltung endet rechtzeitig zum Mittagessen.

Der Seniorenbeauftragte der Gemeinde, Reinhold Hofmann, lädt am Dienstag den 21.09.2021, ab 14:00 Uhr zum **2. Stammtisch für Witwen/Witwer und Alleinstehende** ein. Das Treffen findet im Vereinsraum der Jakobstalhalle statt. Für das leibliche Wohl ist gesorgt (Kaffee und selbstgebackener Kuchen, Kaltgetränke). Neulinge, Interessierte und alle, die schnuppern wollen, sind herzlich willkommen!

Das Treffen soll ab sofort jeden dritten Dienstag im Monat stattfinden, soweit dies pandemiebedingt zulässig ist.

## **TOP 12 I** Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Franken e.V.

### **Sachvortrag:**

XXXXXXXXX aus Randersacker hat auch die Gemeinde Theilheim bei der Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Franken e.V. vertreten. Die beigefügten Unterlagen wurden in der Versammlung ausgegeben.

Hierüber ist auch der Geschäftsbericht 2020 in digitaler Form über das TourismusNetzwerk Franken abrufbar.

## **TOP 12 J** Wertschöpfungsmöglichkeiten der Gemeinden bei Windkraft- und PV-Freiflächenanlagen deutlich verbessert

### **Sachvortrag:**

§ 6 des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG2) wurde geändert:

„Für geförderte Windkraftanlagen ab 750 Kilowatt Leistung und für Photovoltaik (PV)-Freiflächenanlagen können betroffene Gemeinden pro Kilowattstunde (KWh) eingespeisten Strom 0,2 Cent vom Anlagenbetreiber rechtssicher erhalten. Dies gilt aber nur für geförderte Anlagen, die den Förderzuschlag ab 1.1.2021 erhalten (haben). Bei nicht geförderten PV-Freiflächenanlagen darf die Anlage frühestens zu diesem Zeitpunkt in Betrieb gegangen sein. ...

Bei Windkraftanlagen können nur Gemeinden die laufende Zahlung erhalten, deren Gemeindegebiet zumindest teilweise im Umkreis von 2,5 Kilometern von der Anlage liegt. Liegen darin mehrere Gemeinden, dürfen auch nur insgesamt 0,2 Cent pro KWh bezahlt werden, die dann gegebenenfalls nach dem Verhältnis der betroffenen Flächen aufgeteilt werden. ...

Der Anlagenbetreiber kann sich gegenüber der Gemeinde zur Zahlung bereits vor der Genehmigung der Anlage verpflichten. Bei PV-Freiflächenanlagen bestimmt aber das Gesetz, dass dies nicht vor Erlass des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sein darf. ... Die Vereinbarungen bedürfen der Schriftform. Die Fachagentur Wind hat bereits durch eine Fachkanzlei, abgestimmt mit den Kommunal- und Windkraftverbänden, einen Mustervertrag erstellt.“ (aus der Zeitschrift des Bayer. Gemeindetags 8/2021, S. 330f)

#### **TOP 12 K** Bundestagswahlen 2021: Briefwahlquote

##### **Sachvortrag:**

Am 13.09.2021 lag die Briefwahlquote bei 1.864 Wahlberechtigten in Theilheim bereits bei 59 %: Damit ist eine deutlich geringere Auslastung der Urnenwahllokale als bislang üblich zu erwarten.

#### **TOP 13** Fragen aus dem Gemeinderat

#### **TOP 13 A** Baustelle Entlastungskanal Reissgarten: Geschwindigkeitsbeschränkung Randersackerer Straße

##### **Sachvortrag:**

- Das zweite Schild zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in diesem Bereich wurde unberechtigt entfernt.
- Erster Bürgermeister Herpich teilt auf Anfrage zur Notwendigkeit der Geschwindigkeitsbeschränkung mit, dass die Beschränkung aufgrund der Ausleitung des Fahrradweges – bedingt durch die Baustelle – erforderlich war. Da die Teilmaßnahme „Tannenweg“ in den nächsten vier Wochen beendet werden wird, wird der Fahrradweg dann auch wieder zurück geführt.

**TOP 13 B** Notunterkunft: Sachstand?**Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich erläutert auf Anfrage zum Sachstand, dass die Bearbeitung anderer Sachaufgaben vordringlicher war und das Thema deshalb bislang nicht bearbeitet werden konnte.

**TOP 13 C** Gestaltung Floßwiese**Sachvortrag:**

Es wurden entgegen der Absprache im Gremium Neuanpflanzungen vorgenommen; der TOP sollte ursprünglich im Ausschuss behandelt werden.

Erster Bürgermeister Herpich bestätigt dies und entschuldigt sich hierfür: Die installierten Bänke und der große Baum waren mit konkretem Verwendungszweck der Gemeinde gespendet worden.

Ferner wies er darauf hin, dass im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen zum Radweg dieser Bereich als einzig möglicher Bereich für eine derartige Verwendung festgelegt wurde. Auch wurden die Elemente des Naturerlebnispfades für Kinder / Waldpiraten vom Gemeinderat beschlossen.

**TOP 13 D** Kath. KITA St. Johannes: Rattenproblematik**Sachvortrag:**

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass derzeit Angebote eingeholt werden, um der Rattenproblematik zu begegnen; soweit eine Vergabe im Zuständigkeitsbereich des Ersten Bürgermeisters liegt, wird diese kurzfristig erfolgen.

Die Mitarbeiter des Bauhofs haben für eine Rattenbekämpfung nicht die erforderliche Sachkunde.

**Ende der öffentlichen Sitzung: 21:10 Uhr**

**Für die Richtigkeit:**

Thomas Herpich  
1. Bürgermeister

Heike Thoma  
Schriftführer/in